



Deutschland.

Breslau, 8. August. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem General-Landwirthschafts-Rath, Rittergutsbesitzer v. Müllern auf Sohnow im Kreise Ratibor und dem Geheimen Kanzlei-Rath Schulz im Herrenhause den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Sanitäts-Rath Dr. Wegel zu Wilschad im Kreise Westpreußen nach dem Pfarrer Maas zu Ermsleben im Kreise Halberstadt den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem bisherigen Amtshauptmann Dr. Stieglitz zu Ebersfeld im Kreise Hünfeld und Dr. Scheffer zu Kaufsberg im Kreise Kirchheim, dem Ober-Controleur und Posthofs-Magazinverwalter Heyder zu Danzig, dem Hegemeister a. D. Kmitz zu Polnisch-Neudorf im Kreise Oppeln und dem Buch- und Steinbruderbesitzer Bruns zu Minden den Königlich Preussischen Orden dritter Klasse; sowie dem Schulzen Fleischfresser zu Gramzow im Kreise Angermünde, dem Postgehilfen Carl Gustav Link zu Seeburg im Kreise Rastatt, dem Schiffer Nicolaus Halbach zu Leutersdorf im Kreise Neudorf und dem Tagelöhner Chaddas Kania zu Strelitz, im Kreise Mecklenburg, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem kaiserlich russischen Obersten von Zura-Mühlen bei der General-Intendantur des Kriegsministeriums, dem kaiserlich russischen Obersten von Wahl, à la suite der Garde-Cavallerie und Adjutant beim General-Feldmarschall Grafen von Berg, und dem Großherzoglich oldenburgischen Geheimen Ministerialrath Sellmann zu Oldenburg den Königlich Preussischen Orden dritter Klasse; dem kaiserlich russischen Hofrath und Stallmeister Schube zu St. Petersburg den Königlich Preussischen Orden dritter Klasse; dem kaiserlich russischen Lieutenant Sergejew und Timofejew vom Gendarmie-Corps den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem kaiserlich russischen Gouvernements-Sekretär Solowkin zu St. Petersburg, dem kaiserlich russischen Collegien-Registrator Dorofejew daselbst und dem Buchhändler Ernst Steiger zu Newyork den Königlich Preussischen Kronenorden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben den Königlich preussischen Geheimen Ober-Finanz-Rath a. D. Friedrich Wilhelm Alexander Scheele zum Vorbesitzer des Reichs-Eisenbahn-Patents ernannt.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des deutschen Reiches den Kaufmann Friedrich Wilhelm Hennings in Lubau (Potsdam) zum Consul des deutschen Reiches für die Fiji-Inseln ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat den in der landwirthschaftlichen Verwaltung beschäftigten bisherigen Regierungsrath Professor Dr. Ferdinand Frensdorff zu Göttingen zum ordentlichen Professor in der juristischen Facultät der dortigen Universität ernannt.

Der praktische Arzt u. Dr. Scheffer zu Cassel ist zum Kreis-Wundarzt des Stadtkreises Cassel ernannt worden.

Das dem Fabrikanten Wilhelm Rahm zu Stettin unter dem 30. April 1872 auf die Dauer von drei Jahren für den ganzen Umfang des preussischen Staats ertheilte Patent auf eine Kartoffelgrabe-Maschine ist aufgehoben.

(Reichs-Anz.)

— Berlin, 8. August. [Die Maß- und Gewichtsordnung.] — Lehrprüfungen. — Capitän Werner. — Die landwirthschaftlichen Arbeiter. Obgleich die Maß- und Gewichtsordnung seit geraumer Zeit in Kraft getreten ist, wird es gleichwohl noch weiterer Ausführungsbestimmungen nach einer Richtung hin bedürfen, bezüglich welcher vielfache Anfragen und Beschwerden eingegangen sind. Es betrifft dies das Maß der Biergläser. Man wird sich der zum Theil humoristischen Debatten erinnern, welche im Reichstage bei der Beratung der Maß- und Gewichtsordnung stattfanden, inzwischen aber ziemlich erfolglos blieben. Auch die Einführungsverordnung, welche zur deutschen Maß- und Gewichtsordnung in den einzelnen Bundesstaaten erschien, hatte dem Umstande kein Ende gemacht und Zustände hervorgerufen, welche mit dem Reichsgesetze in Widerspruch standen. In einzelnen Theilen des Reiches haben die Behörden streng auf Befolgung der Littermaße für die Trinkgläser gehalten; in anderen hat man sich gegenüber der in Betracht kommenden finanziellen Bedenken, welche durch Entwerthung so vieler Trinkgläser entstehen, nachsichtiger gezeigt. Die großen Ungleichheiten, welche nunmehr entstanden sind, sollen demnächst durch eine allgemeine Anordnung beigelegt werden. — Erhebungen, welche von Seiten des Unterrichtsministeriums über die Lehrprüfungen, namentlich über die Ablegung der zweiten Prüfung, fünf Jahre nach der ersten Anstellung, gemacht worden sind, haben ergeben, daß in dieser Beziehung vielfach gegen die Ministerialbestimmungen gefehlt worden ist. Der Unterrichtsminister hat daher angeordnet, daß zunächst diejenigen Lehrer, welche gegenwärtig länger als 6 Jahre in provisorischer Anstellung sich befinden, obgleich sie ihre zweite Prüfung bestanden haben und bezüglich deren keine besondere Verfügung ergangen ist, definitiv angestellt werden, oder ihre Entlassung beantragen sollen. Zu Ende dieses Jahres soll dem Unterrichtsminister über diejenigen Lehrer, deren definitive Anstellung nach sechsjähriger Amtsthätigkeit noch nicht erfolgen konnte, Bericht erstattet werden. — Es ist die Nachricht verbreitet, daß Seitens des auswärtigen Amtes an die europäischen Cabinette eine Erklärung über ihre abweichende Stellung zu dem Verfahren des Capitän Werner in der Vigilante-Angelegenheit erlassen worden sei. Wir hören von unternichteter Seite, daß die Angabe in dieser Form sich als nicht richtig erweist; vielmehr in dem Verfahren, welches die Regierung gegenüber dem Capitän Werner eingeschlagen hat, die einzige und zwar thatsächliche Rundgebung der von der Regierung eingenommenen Position zu finden sein möchte. — Die Commission zur Beratung der Verhältnisse der landwirthschaftlichen Arbeiter, welche am nächsten Montag zur Schlussitzung zusammentritt, wird das Resultat ihrer Beratungen nicht veröffentlichen. Es bekräftigt sich vollkommen, was wir darüber gemeldet haben, daß diese Beratungen lediglich einen informativen Charakter haben, ja speciell den Zweck verfolgen, einzelnen Ministerien Gutachten über besondere Fragen zu erstatten. Es war dies namentlich für das Ministerium des Innern erforderlich.

[Von den Truppen der Occupation-Armee.] Treffen morgen, den 9. d. Mts., im Laufe des Tages auf dem Potsdamer Außenbahnhofe hier ein: Um 9 Uhr 20 Minuten Vormittags — der 5. Escadron des Pommerschen Dragoner-Regiments Nr. 11; um 2 Uhr 30 Minuten Nachmittags — die 2. Escadron des Pommerschen Dragoner-Regiments Nr. 11 und das Feldlazareth Nr. 4; und um 9 Uhr 30 Minuten Abends — die 3. Escadron des Pommerschen Dragoner-Regiments Nr. 11, sowie das Feldlazareth Nr. 10.

D. R. C. [Ueber den Gesundheitszustand des Reichs-Fanzlers, Fürsten Bismarck.] sind in letzter Zeit so erfreuliche Nachrichten eingetroffen, daß er zu den besten Hoffnungen berechtigt. Der Reichsfanzler, welcher sich bis jetzt mit Staatsgeschäften gar nicht beschäftigt hat, wird nun auch wiederum successive seine regelmäßigen Arbeiten aufnehmen und wird sich zu diesem Behufe in der nächsten Woche der Legationsrath Bucher nach Berlin begeben. Sind wir recht unterrichtet, so dürfte derjenige Gegenstand, welchem der Reichsfanzler zunächst wiederum sein Augenmerk zuwenden wird, das Verhältnis sein, in welchem die Monarchie Preußen resp. die Verwaltung Preußens zu der Verwaltung des Reiches zu bringen ist. Es ist

diese Frage bereits vor längerer Zeit aufgeworfen worden und auch vielfach ventilirt. Unter dem bisherigen Verwaltungs-Modus bestand so zu sagen, wenn auch nicht eine Veräuflichung, so doch eine sehr enge Verbindung zwischen der Verwaltung des deutschen Reiches und derjenigen Preußens. Ein und dieselbe Verwaltungsbehörde, ja ein und derselbe Verwaltungs-Beamte hatte oft den Auftrag die sehr häufig divergirenden Interessen des deutschen Reiches und Preußens zu vertreten. Diese Theorie fand und findet sich auch jetzt noch häufig in allen Staatsstellen, von der geringsten Function eines Unterbeamten bis hinauf in die höchste Verwaltungsebene, bis zur Charge eines Ministers; in der geringen Stellung war diese Combination viel eher möglich als in den höheren Stellen, als bei den höchsten Posten, bei den selbstständigen Ministern. Die Collision, in welche häufig die Interessen des Reiches mit denjenigen Preußens geriet, wurde namentlich unbehaglich und störend für die eine oder andere Seite, wenn die Entscheidung von der Ansicht der selbstständigen Ressortminister abhing. Dadurch entstanden die mannigfachen Unbequemlichkeiten, welche in letzterer Zeit Gegenstand unliebsamer Erörterungen in dem preussischen Ministerium wurden, welche vielfach Gegenstand der Erörterung in der Presse waren und welche schließlich zu dem eigenthümlichen Verhältnis geführt haben, daß der erste Beamte des deutschen Reiches in dem preussischen Ministerium die zweite Stellung erst einnimmt. Daß dieser Zustand nicht länger andauern kann, daß ein modus vivendi gefunden werden muß, unter dem es möglich ist ein gedehliches Zusammenwirken beider Behörden zu erreichen — das ist schon längst gefühlt und auch ausgesprochen worden. Nur die Frage, wie das zu ermöglichen, ist bisher noch eine offene geblieben. Niemand aber dürfte wohl das Mögliche dieses obwaltenden Verhältnisses mehr empfunden haben und noch empfinden als gerade der Reichsfanzler selbst und an ihn tritt deshalb die Forderung zuerst heran, hier Abhilfe zu schaffen, einen Weg aufzufindig zu machen, durch welchen es möglich wird, eine vollständige Trennung der Reichsverwaltung von derjenigen Preußens herbeizuführen, ohne daß durch dieselbe dem einen oder dem anderen Staatsverbande irgend eine Schädigung zugefügt werde. Wie es heißt, wird diese Frage es sein, deren Lösung der Reichsfanzler sich zunächst zur Aufgabe gestellt hat.

D. R. C. [Austritt aus der Kirche.] Zur Ausführung des Gesetzes vom 14. Mai d. J., den Austritt aus der Kirche betreffend, ist seitens des Justizministeriums eine allgemeine Verfügung ergangen, nach welcher es fortan zur Ausnahme der Austrittserklärung der Anberaumung eines besonderen Termins nicht mehr bedarf, es vielmehr der Antragsteller freistehen soll, sich an jedem Geschäftstage, welcher in die von dem Gesetze § 2 bestimmte 14tägige Frist fällt, zur Abgabe der Austrittserklärung an der Gerichtsstelle zu melden; den Gerichtsbehörden ist jedoch überlassen worden, für jede Woche einen bestimmten Geschäftstag zur Aufnahme solcher Erklärungen festzusetzen, welcher zur Kenntniss des Publikums zu bringen ist.

[Cholera.] Nachdem hierüber der Ausbruch der Cholera amtlich constatirt, ist durch Befehl des General-Commandos des Garde-Corps die Zahlung der sogenannten Cholera-Zulage von 3 Pf. pro Kopf und Tag für die Gendarmen der hiesigen Garnison angeordnet worden.

[Kriegsschädigung.] Gestern Abend traf mit der Anhalter Bahn ein vom Kaiserlichen Ober-Präsidenten des Elsaß aus Straßburg insubstituirter Kriegs-Schädigungsgelehrer-Transport von 20 Millionen Francs auf dem Anhalter Bahnhof hierher ein; derselbe wurde während der Nacht durch eine vom 2. Garde-Regiment z. F. commandirte Mannschaft militärisch überwacht und heute früh in Wagen nach der Münze transportirt, woselbst der Transport an das Reichs-Münz-Depot zur Abgabe gelangte.

Kiel, 6. August. [Die dänische Agitation in Nordschleswig.] Berichte, welche der „K. Z.“ von politischen Freunden aus Nordschleswig zugehen, melden, daß die dänische Agitation dort wieder mit größerer Kühnheit und Zuversichtlichkeit betrieben wird. Am 4. Abends ist die Haderslebener Industrieausstellung nach 51tägiger Dauer geschlossen worden. Der Schlupack scheint dazu bestimmt gewesen, dem ganzen Unternehmen ein deutliches Gepräge einer politischen Demonstration zu verleihen, und ist deshalb in nicht ganz friedlicher Weise verlaufen. Die Schlussrede des Vorsitzenden, Herrn Aggersborg, hat nämlich den Polizeimeister Chemnitz veranlaßt, mit einem energischen „Halt“ einzuschreiten, um die Fortsetzung der Rede zu inhibiren, worauf er sofort die Versammlung für aufgehoben erklärte und die Anwesenden — etwa 1000 Personen — aus Garten und Wirtschaftsorten durch die Gendarmen entfernen ließ. Diejenige Ausrufung des Festredners, bei welcher der Polizeimeister einschritt, lautet „Dannevirke“ zufolge:

„Daß ein solches Resultat“ (Dedung der Ausgaben und Ueberschuß zu dem wohlthätigen Zweck der Errichtung einer Heimath für alle, wirkliche Bürger der Stadt), erreicht ist, verdanken wir nicht nur der nordschleswigschen Bevölkerung, sondern auch zum großen Theil unsern Brüdern jenseits der Grenze, die vor 9 Jahren zwischen ihnen und uns gezogen warb. Sie haben in sehr großer Zahl sich eingefunden und dadurch bekundet, daß ihre Sympathie und ihr Wohlgefühl uns gegenüber noch ebenso lebendig ist, als früher; hoffentlich haben sie auch durch ihren Besuch bei uns den Eindruck davon getragen, daß unsere Herzen für sie so warm wie jemals schlagen, und daß wir nie die Hoffnung auf Wiedervereinigung aufgeben können oder wollen.“

Weiter gelangte Herr Aggersborg nicht, aber die heutige Nummer der „Dannevirke“ bringt den ziemlich ungeschönten Rest der unterbrochenen Rede. Das Ausreten des Polizeimeisters war doch nicht aus schließlich durch die citirten Worte hervorgerufen, denn schon früher hatte der Redner u. A. erklärt, daß das Comité, obwohl ursprünglich das Unternehmen keinen eigentlich politischen Charakter tragen sollte, doch jetzt in seiner Mehrheit, nachdem die angeblich die Regierungsansichten vertretende Presse die Ausstellung als eine dänische, politische Demonstration gestempelt und ihr sogar das Prädicat raffiniert beigelegt hatte, nichts gegen eine solche ihr — wahrscheinlich auch von den hohen Autoritäten — zugesprochene Bedeutung einzuwenden habe. Die Räumung der Localitäten scheint indessen verhältnismäßig ruhig vor sich gegangen zu sein, wenigstens ist nur eine Person verhaftet worden. Auch die spätere polizeiliche Bewachung der „Harmonie“ (Local der dänischgesinnten Bürger) und kleinerer Wirtschaften verlief fast resultatlos. — Ein Verbot des Polizeimeisters von demselben Abend gegen jede über die Rücklieferung der ausgestellten Gegenstände hinausgehende Thätigkeit des Comité hat er am folgenden Tage dahin modifizirt, daß z. B. die beabsichtigte Auction unter gewissen Bedingungen

stattfinden dürfe. Natürlich steht die „Dannevirke“ hierin ein Zugeständniß, daß die Polizei ihre Competenz überschritten hat, doch bleibt sie für diese Behauptung den Beweis schuldig. Wir selbst sind nach den einseitigen dänischen Berichten nicht im Stande zu beurtheilen, ob die Haderslebener Polizeibehörde sich streng in den Grenzen ihrer gesetzlichen Befugnisse gehalten hat. Jedenfalls giebt auch dieser Fall keine passende Illustration zu dem bekannten Bismarck'schen Wort, daß die nordschleswigschen Dinge „durch Liegenlassen besser werden.“ In den Herzogthümern herrscht vielmehr die Ueberzeugung, daß die nordschleswigsche Frage eines baldigen formellen Abschlusses bedarf, um zu einigermaßen erträglichen Zuständen im äußersten Norden Deutschlands zu gelangen.

Bonn, 4. Aug. [Zur Stimmung des katholischen Clerus.] bringt ein Correspondent der „Köln. Zig.“ einige beachtenswerthe Mittheilungen, die er einem Gespräch von vier geistlichen Herren, zwei älteren und zwei jüngeren, entnommen. Dieselben unterhielten sich über die gegenwärtigen kirchlichen Verhältnisse um so ungenierter, als sie den Correspondenten und seinen allerdings nichtdeutschen Reisegefährten nach ihrer Unterhaltung in hier ungewohnter Sprache für ungeschickliche Zuhörer hielten. „Recht scharfe Urtheile voll ernstesten Tadel — so berichtet der Schreiber dieser Zeilen — wurden von den offenbar freundschaftlich mit einander vertrauten Herren laut über die Jesuiten, deren bösen Einfluß auf den Papst u. s. w. Der offen ausgesprochenen Beschuldigung unchristlicher Fälschung gegen die Bischöfe, die vor und auf dem Concil gegen die Infallibilität gestritten und nachher derselben sich unterworfen, wurde allerdings von einer Seite die Pflicht kirchlichen Gehorsams etwas schüchtern entgegen gestellt, jedoch nicht ohne zu meinem größten Erstaunen bei den jüngeren Herren eine wahre Sturmfluth von biblischen und den bedeutendsten Kirchenschriftstellern entlehnten Einwendungen hervorgerufen. Das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit wurde ohne Umschweife unsinnig und die Lehre Christi verhöhnt genannt, merkwürdigerweise aber sogar hinzugefügt, daß es eine durchaus logische Consequenz des Jesuitismus sei. „Kann der Ultracatholicismus, den ich um des Risses willen beklage, den er in die Kirche bringen muß, an sich verworfen werden?“ fragte der Eine. Können wir es den Protestanten, fügte der Andere hinzu, verheimeln, wenn sie der katholischen Kirche vorwerfen, daß sie das Christenthum in Marienthum verwandelt habe und den Cultus eines römischen Dalai-Lama annehme? Wird man nicht Seitens des Dr. Falk behaupten können, daß die neuen Kirchengesetze eine Vertheidigung des Christenthums gegen seine Unterdrückung durch Rom zum Zwecke haben? so wurde von dem ältesten der Herren gesagt, welcher hinzufügte: „In meiner ganzen Gemeinde glaubt kein Mensch an die Unfehlbarkeit, und wenn ich nicht selbst davon schwiege, so wäre meine Stellung längst unhaltbar geworden.“ Man sprach verwundernd sich darüber aus, daß in dem offiziellen kirchlichen Blatte der Kölner Diocese nicht mehr die Verlegungen und neuen Anstellungen der Geistlichen bekannt gemacht würden und vermuthete, daß dies geschehe, um die Ausführung des betreffenden neuen Gesetzes dem Oberpräsidenten zu erschweren. Auch äußerte Einer, der Herr Erzbischof beabsichtige die neu zu weihenden Priester alle gleichzeitig, ohne an die Gesetze sich zu halten, anzustellen, um dann durch die an möglichst zahlreichen Orten zu gleicher Zeit hervorgerufenen Conflicte den Ecclat desto großartiger zu machen.“

Köln, 8. Aug. [Eugenie.] Gestern Abend 10 Uhr traf die Kaiserin Eugenie von Arenberg hier ein; nach nur dreiwöchentlichem Aufenthalt setzte dieselbe ihre Reise alsbald nach England fort.

Koblenz, 8. Aug. [Ihre Maj. die Kaiserin] hat gestern der hier eingetroffenen verwitweten Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz einen Besuch gemacht und später dem Concert in den Rheinanlagen beigewohnt.

Gotha, 5. August. [Besuch des Thronfolgers.] Hier erwartet man in einiger Zeit den Besuch des Herzogs von Coburg. Von Seite der Regierung ist ein festlicher, der Residenz unseres künftigen Herzogs würdiger Empfang in Aussicht genommen; städtischerseits sind dagegen noch keine Beschlüsse gefaßt. Die Begeisterung im Ländchen für den künftigen Regenten scheint übrigens nicht sonderlich zu sein. Die Kühle der Koburger und Gothaer gegen den verfassungsmäßig angetretenen Landesherren erklärt sich aus der Befürchtung, daß der englische Prinz, die Regierung der ihm persönlich ziemlich fremd bleibenden Herzogthümer ganz und gar zur Nebenbestätigung machen werde, wie gegenwärtig umgekehrt die Staatsbeamten in den Adelsgeheften Nebenämtern finden, während die Kostspieligkeit der Duodez-Staatsverwaltung sich damit wahrscheinlich nicht mindern, sondern steigern würde. (H. C.)

Frankfurt, 7. August. [Wahlverlegenheiten.] Wohl in keinem Wahlbezirk des deutschen Reiches ist die Schwierigkeit einen passenden Candidaten für die liberale Partei zu finden, so groß, wie hier in Frankfurt. Ob nationalliberal oder fortschrittlich — diese Frage kommt hier erst in zweiter Linie in Betracht, die Hauptsache ist, ein „berühmter Mann“, denn ohne einen solchen würden die Frankfurter Wähler sich eher der Gefahr aussetzen, einen ganz absonderlichen Abgeordneten zu wählen, wenn sie nur dadurch zugleich der Eventualität entgehen, einen Abgeordneten in den Reichstag zu senden, von dem die Welt nicht spricht. Wie ich Ihnen vor einigen Wochen schrieb, glaubte man in Bismarck den Mann entdeckt zu haben, der alle Wünsche der hiesigen Wähler befriedigt, und ich glaube auch in der That, daß der berühmte Parteiführer hier eine große Majorität erzielt hätte, aber leider hat sich der Zweifel, welchen ich von vornherein äußerte, als begründet erwiesen, ob nämlich Bismarck ein auf ihn gefallene Wahl auch annehmen werde. Wie ich Ihnen aus guter Quelle mittheilen kann, hat Bismarck auf eine an ihn gerichtete Privat-Anfrage von fortschrittlicher Seite in ganz bestimmter Form ablehnend geantwortet, Frankfurt befindet sich also heute wieder in derselben Lage, wie vor 4 Wochen: als Wahlbezirk, der einen Candidaten sucht. Die hiesigen Wahlheißsporne haben sich zwar schnell zu helfen gewußt, indem sie einfach einen andern sehr bekannten Parteiführer, der etwas mehr nach rechts hin zu suchen ist, auf den Schild erhoben haben. Ich kann aber zugleich hinzufügen, daß ich die Zustimmung des neuen Auktoren zu der Candidatur für Frankfurt noch für bei Weitem unwahrscheinlicher halte, als mir die Bismarck'sche schien. Bloß aus dem Grunde, um mich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß der Plan durch vorzeitige Veröffentlichung geoffenbart ist, verschweige ich den Namen des neuen Candidaten. Charakteristisch für die hiesigen Zustände ist es, daß schon hier und da

die Aeußerung laut wird: „Wenn wir nicht sehr geschickt und vorsichtig operieren, so wäre es nicht unmöglich, daß Sonnemann wieder gewählt würde.“ Der Einfluß dieses Mannes ist in Borsenkreisen so groß, daß die internationalen Spekulationen des Eigentümers der „Frankfurter Zeitung“ seinen Anfang bis dahin noch nicht wesentlich zu lichten vermochten; es bedarf deshalb eines bedeutenden moralischen Druckes um diesen Anhang lahm zu legen und der ist nur durch Auffstellung eines sehr hervorragenden Mannes als Candidat zu erzielen. Wie sehr gerade dieser Moment hier in Betracht kommt, mögen Sie daraus erkennen, daß in neuester Zeit in preussfreundlichen Kreisen vielfach der Name Madat genannt worden ist, als der eines Mannes, den man in Frankfurt mit Erfolg als Reichstagscandidaten aufstellen könnte. Die politische Parteilosigkeit ist den hiesigen Wählern, wie Sie hieraus erkennen mögen, der Majorität nach Nebenfrage, wenn nur der Mann, der Frankfurt vertritt, einen Namen hat. Natürlich sind solche Verhältnisse nicht dazu geeignet, Candidaten anzulocken oder zu ermutigen; andererseits aber kommt wieder Alles darauf an, einen Mann zu finden, der im Stande ist, gegenüber Sonnemann das nötige Gegengewicht auszuüben. Es ist eine traurige Situation, die ich Ihnen da schildere, aber sie ist dennoch wahrheitsgetreu, und daß sie es ist, muß um so mehr dazu treiben, alle Kraft anzustrengen, um in Frankfurt einen liberalen Reichstags-Abgeordneten durchzubringen.

Darmstadt, 8. Aug. [Der Zusammentritt der Landes-synode] ist, der „Darmstädter Zeitung“ zufolge, auf den 9. September zu erwarten.

Stuttgart, 8. Aug. [Der hiesige Gemeinderath] hat heute beschlossen, eine Volksfeier des 2. September unter Leitung der städtischen Behörden zu veranstalten und den Bürgerausschuß zur Zustimmung zu diesem Beschlusse einzuladen.

Straßburg, 5. August. [Beschlagnahme.] Das „Elsässer Journal“ schreibt: Vor einigen Tagen meldete man von der französischen Grenze bei Belfort die Beschlagnahme einer Nummer des in Mülhausen erscheinenden „Industriel alsacten“, ohne daß man beim Durchlesen dieser Nummer einen Grund hätte auffinden können, um eine solche Maßregel zu erklären. Ein Note in der folgenden Nummer der besagten Zeitung sprach die Hoffnung aus, daß die Beschlagnahme sich auf diese einzelne Nummer beschränken würde; der Redacteur erklärte zu gleicher Zeit, es sei ihm unmöglich den Grund einer solchen strengen Maßregel zu erraten. Diese Hoffnung sollte aber zu Schanden werden, wie die zahlreichen Freunde und Leser des „Industriel“ aus einer neuen und größeren Note erfahren können. Es erhellt aus derselben, daß diese Mülhauser Zeitung in Frankreich definitiv durch einen Beschluß des Ministeriums verboten ist; überdies hat die Direction der Zeitung nur auf indirectem Wege die willkürliche Maßregel erfahren, die man gegen sie ergriffen hat, denn eine offizielle Mittheilung wurde ihr hierüber nicht gemacht. Bemerkenswerth sind die Gründe, denen der „Industriel“ selbst die Maßregel zuschreibt. Nachdem er sich auf die gemäßigste Sprache berufen, die er sich immer auferlegte, wenn er die Thaten der Regierung vom 24. Mai beurtheilte, sagt er: „Was man mit unserer Zeitung in die Acht erklärt, das ist die eigene Stimmung des Elsses; man will verhindern, daß der Wiederhall unserer Ansichten, unserer Wünsche nach Frankreich einbringe; man befürchtet den republikanischen Einfluß unserer Provinz; man ist bestürzt über den Scharfblick, mit welchem man die Handlungen einer beim Volke unbeliebten Versammlung beurtheilt; um einen lästigen Beobachter los zu werden, dessen Sprache „die ehrlichen Leute“ hört, hält man an der Grenze wie einen Missethäter eine Zeitung an, die einsichtig genug gewesen war, zu glauben, daß, als aus dem Elß kommend, sie Anspruch auf einige Berücksichtigung und auf das Wohlwollen aller Franzosen habe.“

De Paris.

Wien, 8. August. [Der Schah von Persien] ist heute Vormittag von Lopenburg über den Brenner und Brindisi nach Konstantinopel abgereist. Der Kaiser verabschiedete sich in Lopenburg von demselben und begleitete ihn bis zu dem Bahnhofe.

Frankreich.

* **Paris, 6. August.** [Zur Fusion.] Von einem sehr vertrauenswürdigen Gewährsmann, der sich augenblicklich in Wien befindet, erklärt der „Soir“ folgende Mittheilung über den Besuch des Grafen von Paris bei dem Grafen Chambord erhalten zu haben: „Die vorläufigen Fragen der Form und Etiquette, welche dieser Besuch anregte, sind verhandelt und erledigt worden; aber an eine wirkliche Verständigung, an eine Fusion, um das Kind beim rechten Namen zu nennen, ist darum doch nicht zu glauben. Der Graf von Chambord hat gar nicht die Absicht, seine bisherige Haltung zu ändern, und andererseits wissen wir, daß der Graf von Paris darauf besteht, daß sein Besuch den Charakter einer persönlichen Höflichkeitbezeugung bewahre. In anderen Worten, der Graf von Paris hat nicht die Absicht, durch seinen Besuch bei seinem Vetter die Politik des Landes irgendwie zu engagieren, selbst nicht in Hinsicht auf eine etwaige Wiederherstellung der constitutionellen Monarchie. In den Augen des ältesten Sohnes des Herzogs von Orleans ist jede monarchische Restauration den von der konstituierenden Versammlung aufgestellten Bedingungen untergeordnet.“ Und trotz des Sieges der republikanischen Coalition über die Republik des Herrn Thiers sind die monarchischen Truppen in Frankreich gar sauer. — Der „R. Z.“ schreibt man: „Was die Fusion anbelangt, so glaubt man an ihre Verwirklichung nicht recht, weil der Graf von Chambord nicht die geringste Concession machen will und man es für unmöglich hält, daß der „junge Mann“ — so nennt das „XIX. Siècle“ den Grafen von Paris — sich so weit vergessen wird, die ganze Vergangenheit seiner Familie zu verleugnen und sich reumüthig zu den Füßen des Bundesrathes, wie man unter der Restauration Chambord nannte, werfen wird, um für die Sünden seines Großvaters und Urgroßvaters Verzeihung zu erlangen. Selbst wenn er sich dazu verstände und die Fusion zu Stande käme, so würde sie der Aussicht auf praktischen Erfolg schon deshalb bar sein, weil nicht allein die Bonapartisten, sondern auch ein guter Theil der Deputirten sofort von der Coalition abfallen würden.“

[Der Graf von Saint Vallier.] der Bevollmächtigte beim deutschen Hauptquartier, kommt morgen nach Paris, wo er 24 Stunden verweilt, um sich dann nach Verdun zu begeben. Derselbe hat hierher berichtet, der General Manteuffel habe sich gegen mehrere französische Beamte geäußert, daß ohne Herrn Thiers die Räumung zum wenigsten 6 Monate später erfolgt wäre. In Versailles machte dieser natürlich böses Blut, zumal die Nancyer Zeitungen dieses vernommen und natürlich nicht verfehlen, es in die Öffentlichkeit zu bringen.

[Der Maire von Nancy] hat folgendes Schreiben an ein Journal dieser Stadt gerichtet:

„Herr Redacteur! In Folge der Räumung unserer Stadt vielfach in Anspruch genommen, konnte ich Ihnen nicht früher nachstehende Bemerkungen zukommen lassen hinsichtlich des vom General Manteuffel den Spitalern von Nancy gemachten Geschenkes von 20,000 Francs. Es ist mir sehr daran gelegen, die Lage genau zu präcisiren, um jede Zweideutigkeit zu beheben. — Herr d'Haussonville, im Glauben, daß General Manteuffel 20,000 Francs dem Municipalkath anbot, machte, dem Maire von Nancy eine gleiche

Summe anbieten zu müssen, mit der Bitte, dieselbe an die Armen von Metz durch den erwähnten Municipalkath dieser Stadt theilen zu lassen. — Dieses Anerbieten bezweckte, wie man sagte, dem Municipalkath von Nancy zu gestatten, die Gabe des deutschen Generals anzunehmen. — Herr d'Haussonville war jedoch schlecht berichtet. General von Manteuffel hat nicht dem Municipalkath von Nancy 20,000 Francs angeboten, und dieser hätte sie daher auch nicht angenommen. — General von Manteuffel erinnerte sich, wie er mir am 23. Juli schrieb, wie sehr die Spitaler während der Dauer des Krieges ein Muster christlicher Liebe waren und welche sorgsame Pflege die zahlreichen kranken oder verwundeten deutschen Soldaten in ihnen fanden. Er drückte daher den Wunsch aus, diesen Anstalten seine lebhafteste Erkenntlichkeit zu beweisen und in diesen Ausdrücken wurde den Spitalern das Anerbieten von 20,000 Fr. gemacht. — Die Verwaltung der Spitaler, deren einzige und kostbare Belohnung das Bewußtsein der erfüllten Pflicht war, war der Meinung, ein den Unglücklichen gemachtes großmüthiges Geschenk nicht ablehnen zu dürfen. Ebenso wie die Pflege von deutschen Kranken und Verwundeten durch Franzosen ein Ausfluß jener internationalen Tugend, der Gleichgültigkeit aller Leidenden ist, ebenso glaubte die Spitalverwaltung, daß die Wohlthat in diesem Falle keine Nationalität habe. Sie hat daher das Geschenk angenommen so wie es geboten worden, ohne jeden Hintergedanken, wie es schicklich war, eine Wohlthat anzunehmen, welche von keinem anderen Gedanken als dem des Edelmutts inspirirt war. — Die Commission der Spitaler hatte daher zur Rechtfertigung ihres Entschlusses nicht nötig, denselben von einer den deutsch gewordenen Unglücklichen jenseits der Grenze zuerkannten Compensation abhängig zu machen. Unter solchen Umständen glaube ich nicht, ein Mandat anzunehmen zu dürfen, welches mir Herr d'Haussonville im Hinblick auf Eventualitäten, die nicht eingetroffen sind, übertragen wollte. — Die Unglücklichen zu unterstützen, welche annectirt wurden und nicht den Boden verlassen konnten, welcher durch die in Folge eines unglücklichen Krieges dem trauernden Vaterlande aufgezogenen Verträge fremdes Territorium geworden ist, — dies ist ein edler Gedanke, dem jeder Franzose zustimmen wird, den Herr d'Haussonville direct realisiren kann, der aber in keiner Weise mit dem Geschenke zusammenhängt, welches unter den eben erwähnten Umständen unsern Spitalern gemacht wurde. — General Manteuffel gab dabei nur einem Gedanken der Wohlthätigkeit Folge; er wiederholte mir dies immer wieder und ich ließ um so leichter mich davon überzeugen, als ich von zahlreichen Wohlthaten weiß, welche während der Occupation von Nancy von Herrn und Frau von Manteuffel mit der größten Discretion und oft unter dem Schleier der Anonymität erwiesen wurden. Jetzt wo der Oberbefehlshaber der deutschen Armee definitiv unsere Stadt verlassen hat, liegt es mir am Herzen, ihm die verdiente Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ihm hier öffentlich zu wiederholen, was ich die Ehre hatte ihm persönlich zu sagen, nämlich, daß er während der ganzen Dauer der Occupation oft mehr mit dem Herzen, als nach der Strenge seiner Rechte regierte, wofür ich ihm meinen aufrichtigsten Dank ausgesprochen habe. — Unter diesen Umständen mußte ich Herrn d'Haussonville und dem Comité, welchem er präsidirt, antworten, daß ich unmöglich die Mission, die er mir anvertrauen wollte, übernehmen könnte, da dieselbe den Charakter des Geschenkes so wie seiner Annahme entstellte. Allein ich habe ihm die Existenz von zahlreichen bedürftigen Elends-Geistlichen in Nancy signalisirt, die durch Auswanderung und Option Franzosen geblieben sind. Ich habe ihn von dem Bestande unserer Localcomité's in Kenntniß gesetzt, namentlich eines Comité's von barmherzigen und opfermüthigen Damen, dessen Hilfsquellen erschöpft sind im Augenblick, wo in Folge des bevorstehenden Winters die Bedürfnisse größer werden, und welches daher eine Gabe benötigt, die ich in diesem Falle das Bereitwillige hätte, annehmen zu können.

Genehmigen Sie etc. Der Maire von Nancy: Bernard.“

Großbritannien.

A. A. C. London, 6. August. Das Haus der Lords trat gestern um 2½ Uhr zusammen, aber es verstrich fast 1½ Stunde, ehe die Schluß-Ceremonie der Session ihren Anfang nahm. Gegen 4 Uhr nahmen die mit der Prorogation des Parlaments beauftragten königlichen Commisars ihre Plätze vor dem Throne ein, und nachdem die Mitglieder des Hauses der Gemeinen nach dem Hause der Lords entlassen worden waren, wurde der Will, welches das Jahrgeld des Herzogs von Cambridge erhöht, sowie mehreren anderen Bills die königliche Sanction erteilt, worauf der Lordkanzler die Vorlesung der Königin verlas. Abends erklärte der Lordkanzler im Namen der Königin das Parlament bis zum 22. October für prorogirt.

[Im Unterhause] gingen der Vertagung mehrere Interpellationen voraus. H. B. Sheridan erkundigte sich beim Unterstaats-Secretär für auswärtige Angelegenheiten, ob irgend welche Mittheilung von der Regierung Mexiko oder durch den bei dieser Regierung accreditirten Vertreter irgend einer freundschaftlichen Macht bezüglich der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit diesem Lande eingetroffen sei, und wenn nicht, ob, in Anbetracht dessen, daß die Regierung des Kaisers von Rußland das Anerbieten der Verein. Staaten von Amerika, mit den englischen Bondsbesitzern abzurechnen, ablehnte, und dadurch die Schuld für Staatszwede gebrauchte, die jetzige Regierung bereit sei, Schritte zum Schutze des Eigentums englischer Gläubiger in Mexiko zu ergreifen. Lord Salisbury erwiederte, daß Ihrer Majestät Regierung in dem gegenwärtigen Stande der Beziehungen mit Mexiko nicht vorbereitet sei, irgend welche Schritte diesem Lande gegenüber betreffs britischer Forderungen irgend welcher Art zu ergreifen. Sheridan kündigte hierauf an, er werde Anfangs nächster Session die Ernennung eines Sonderauschusses beantragen, der über die ganze Frage der ausländischen Anleihen Erhebungen anstellen soll. Auf Befragen Marfies erklärte Lord Salisbury, daß Herr Webster nicht officiell autorisirt sei, die britische Patentgesetz-Commission auf dem internationalen Patentgesetz-Congreß in Wien zu repräsentiren.

Gest gegen 4 Uhr, verursacht durch die verspätete Ankunft der Königl. Commission von Osborne, wurde das Haus durch den Träger des schwarzen Stabes nach der Pairskammer entboten, woselbst die Vertagung des Parlaments vor sich ging.

[Zweitaufgehende Postbriefträger und andere Post-Subaltern-Beamte] marschirten gestern unter dem Vorantritt von Musikbänden vom Cabot-square nach dem Cannon-street-Hotel, woselbst ein Meeting zu Gunsten der Abhilfe ihrer Beschwerden gehalten wurde. Sir John Bennett führte den Vorsitz und erläuterte in kurzen Worten die Lage der Postbeamten im Hinblick darauf, daß das Reinertragniß der Post jährlich 2½ Millionen Pfund Sterl. betrage, meinte er, sei eine Erhöhung ihrer Gehälter um 20 Procent wohl statthaft. Auf Antrag von McCullagh Torrens, Unterhausmitglied für den hauptstädtischen Bezirk Finsbury, wurde eine Resolution angenommen, welche erklärt, das Meeting bedauernd, daß die Regierung es ablehnte, die Gehälter der subalternen Postbeamten zu erhöhen, und urgire die Lords des Schatzamtes, angeht die wachsenden Unzufriedenheit im Lande, ersichtlich die Nothwendigkeit, der Petition der Postbeamten ohne Zögern zu willfahren.

Asien.

Persien. [Ueber die Stellung der Christen in Persien.] find dem „Friend of India“ aus authentischer Quelle folgende Einzelheiten zugegangen. Die christliche Bevölkerung des genannten Landes zählt etwa 25,000 Armenier und ebenso viele Nestorianer. Von der armenischen Bevölkerung concentrirten sich 6000 auf Tabriz hauptsächlich und Isfa in der Nähe von Isfahan. Der Rest treibt Landbau in den Provinzen Schabaz, Chal und Azerbajan. Die Armenier haben gegenwärtig keine Verfolgungen wegen ihres Glaubens zu erdulden und die Nestorianer sind vom Mithraden ausgenommen. Indessen sind Christen ganz denselben ungeseligen Erpressungen ausgesetzt wie die mohamedanischen Bauern in Persien. Die Nestorianer sind insofern unglücklicher gestellt, als sie viel von ihren Landwirthen den Häuptlingen der Affbaren zu erleiden haben. Ihre Aecker befinden sich in der Nähe von Drumiach und Salmas. Auf der Ebene von Drumiach liegen etwa 300 Dörfer, von denen vierzig von Nestorianern (sechzig von Christen und Mohamedanern und die übrigen von Mohamedanern ausschließlich bewohnt sind). Die Affbaren gestalten sich die ärgsten Bedrückungen und Erpressungen Christen wie Muselmännern gegenüber. Was die Gelderpressungen anbelangt, so ist keine Abhilfe zu erwarten, ehe nicht die ganze Finanzverwaltung des Landes und die Art der Steuereintreibung entschieden reformirt worden sind. Früher hatten die Christen in Drumiach sich noch über andere Gewaltthaten zu beklagen und namentlich darüber, daß Mädchen der Nestorianer oft gezwungen wurden, zum Islam überzutreten. Aber das Auftreten der amerikanischen Missionäre und strenge Bestrafungen haben ihren Erfolg gehabt. Es ist den Christen in Persien gestattet, ihre Religion zu

wechseln, doch wird ein Christ, der zum Islam übergetreten ist und dann wiederum zu seiner ursprünglichen Religion zurückkehrt, getödtet. Dasselbe Schicksal hat ein Musamedaner zu erleiden, der Christ wird. Weder der ziemlich liberale Sader Nam, noch der Schah könnten gegen den Willen der Priester Religionsfreiheit in Persien einführen.

China. Kiangpo, 12. Juni. [Die Einwanderung der Chinesen in den Westen der Vereinigten Staaten] nimmt — so schreibt man von hier der „N. Z.“ — so sehr zu, daß der Preis der Arbeit dadurch erheblich beeinflusst wird. Ein Jesuit hat sich berufen gefühlt, in einer Broschüre einen Feldzug gegen die armen Chinesen zu eröffnen: „Diese heidnischen, veredelten, unsittlichen Creaturen, die sich nicht zu der Tugend christlicher Religion erheben können, sind den besten Interessen des Landes schädlich, denn — sie drücken die Arbeitspreise herab, sie gehören einer niedrigeren Race an, sie sind Sklaven zahlen keine Steuern, schaden das Geld außer Landes“ etc. etc. — Es sind dies Argumente, welche in Vielem den Gründen gleichen, die von den Chinesen hier gegen die Fremden vorgebracht werden, und verdienen ebensoviel Beachtung wie diese. Die chinesischen Einwanderer haben denn auch in einem protestantischen Prediger einen Vertheidiger gefunden, welcher die Grundlosigkeit jener Angriffe mit Erfolg nachweist. Es wird dies allerdings schwerlich genügen, um die Migration gegen die chinesische Einwanderung nach Amerika zu besiegen; man fürchtete schon vor längerer Zeit, daß es in Kalifornien zu Pöbel-Excessen kommen werde, und nach Telegrammen zu urtheilen, welche vor Kurzem in Hongkong eingetroffen sind, will es scheinen, daß jene Befürchtungen nur zu begründet waren. Es fehlte nur, daß die Chinesen-Expedition ein Seitenstück in Amerika fände! — Mitleid und die Scham erspart bleiben, von den Chinesen zu hören: Nun seht, was in Euren verheerenden Ländern unsere Landsleute geschieht!

Wir haben an dem Odium schon genug, welches dem Kall-Handel anhaftet, der von der portugiesischen Colonie Macao nach West-Indien, Peru u. s. w. betrieben wird. Die englischen Blätter Hongkongs haben es sich angelegen sein lassen, diesen Schandflecken der kleinen Nachbarcolonie, wie es sich gebührt, aufzudecken, und die Gräueltathe, welche sich immer und immer wieder bei der Uebefahrt der Kall-Schiffe ereignen, geben leider Veranlassung, stets von Neuem darauf zurückzukommen. Zuweilen gelingt es den Ruffis, die Schiffsmannschaft in überwältigender und dann ist dieselbe dem Tode verfallen. Die Chinesen bringen das Schiff meist zur Rüste zurück, verbrennen dasselbe und fliehen in's Innere. Die Natur dieses Kall-Handels wurde Gegenstand einer richterlichen Entscheidung in der englischen Colonie, als Einer dieser Unglücklichen, welcher sich auf die geschändete Welle befreit hatte, in Hongkong angehalten wurde. Der Richter entschied, daß das Schiff Sklavenhandel getrieben, und daß die Chinesen das Recht hatten, sich ihre Freiheit zu erkämpfen. — Die englische Regierung hat es sich angelegen sein lassen, ihrerseits Alles zu thun, um ihre eigenen Unterthanen von jeder Theilnahme an diesem schimpflichen Gewerbe fern zu halten. Selbst die Ausrüstung von solchen Kall-Schiffen in dem Hafen Hongkongs ist verboten worden. Es ist mir nicht bekannt, wie weit deutsche Unterthanen verhindert sind, sich an solchen Unternehmungen zu betheiligen; ich bin aber überzeugt, daß unser Auswärtiges Amt auch in diesem Punkte ängstlich über die deutsche National-Ehre wachen wird. Die freie Auswanderung von Chinesen nach Californien ist wohl von diesem „Sklavenhandel“ zu unterscheiden; sehr viele Chinesen gehen auch alljährlich nach Singapur, Penang und nach Australien und sind dort sehr angesehene Colonisten. Die Mehrzahl dieser Klasse von Auswanderern kehrt nach kürzerem oder längerem Aufenthalte mit einem kleinen Vermögen in ihre Heimath zurück.

Provincial-Beitrag.

H. Breslau, 8. August. [Katholische Gemeinde.] Die Mitglieder der hiesigen katholischen Gemeinde waren beehufß Besprechung einiger Gemeinde-Angelegenheiten durch den Vorstand auf gestern Abend 8 Uhr zu einer Versammlung in den Saal des blauen Hirsches berufen worden und der Aufforderung zahlreich gefolgt. Der Vorsitzende, Herr Secretär Sobahl, eröffnete die Verhandlungen, indem er darauf hinwies, daß die bereits von der Ranzel ergangene Aufforderung an die Gemeindeglieder, sich nochmals mit ihren gesammelten Familienmitgliedern in die Vereinslisten eintragen zu lassen, mißverständlich dahin aufgefaßt worden sei, als ob eine nochmalige Anmeldung zum Beitritt zur Gemeinde nothwendig geworden. Es handelte sich bei der gewünschten zweiten Einzeichnung nur um die Feststellung der Seelenzahl der Gemeinde einschließlich der Frauen und Kinder. Namentlich in Bezug auf den demnächst beginnenden Religions-Unterricht erwies es wünschenswerth, ja nothwendig, die Zahl der letzteren genau festzustellen. Wie dieses, so bittet der Vorsitzende die Anwesenden, auch noch ein zweites Mißverständnis streuen zu wollen, nach welchem der Verein ein Eintrittsgeld von 4 Zhlr. verlangen sollte. Der altkatholische Verein fordere überhaupt kein Eintrittsgeld, sondern erbehe nur einen monatlichen freiwilligen Beitrag. Hieran antwortend bringt Herr Professor Dr. Weber den Modus, nach welchem künftig die Beiträge der Gemeindeglieder eingezogen werden sollen, zur Sprache. Er erinnert zunächst daran, daß zu jener Zeit, als der altkatholische Verein mit dem Plane umging, sich in eine Gemeinde mit regelmäßigem Gottesdienste und geordneter Seelsorge umzuwandeln, beschlossen wurde, die anfänglich gezeichneten freiwilligen Beiträge je nach Belieben der einzelnen Mitglieder zu erhöhen, um aus der hierdurch zusammengebrachten Summe die nothwendigen Ausgaben zu bestreiten. Das Resultat dieser Maßnahme war ein überraschend günstiges und gab dem Vorstande den Beweis, daß die Mitglieder mit größter Opferwilligkeit bereit seien, die Bestrebungen des Vorstandes zu unterstützen. Diese Opferwilligkeit, davon sei der Vorstand überzeugt, werde auch noch jetzt vorhanden sein und gewiß Niemand die damals gezeichneten höheren Beiträge jetzt verweigern, zumal sich wohl annehmen lasse, daß kein Mitglied über seine Kräfte werde gezeichnet haben. Die Schwierigkeit, namentlich in Rücksicht auf die große Stadt, sei nun, die bequemste und beste Art und Weise zu finden, die Beiträge einzuziehen. Nach wiederholten Beratungen sei der Vorstand zu folgenden Vorschlägen gelangt: Zunächst habe jedes Vorstandsmitglied für seine Person die Einziehung der Beiträge von den ihm persönlich bekannten Mitgliedern übernommen. Diejenigen aber, welche auf diese Weise nicht untergebracht werden können, sollen aufgefordert werden, ihre Beiträge bis zum 10. jeden Monats entweder direct an den Kassirer oder Sonntags nach dem Gottesdienste in der Sakristei an eins der anwesenden Vorstandsmitglieder zu zahlen. Wer bis zum 10. jedes Monats nicht gezahlt, dem soll die Quittung durch den Boten ins Haus gesandt werden. Wenn dies nicht genügt, könne der Forderung leicht durch eine der vorher bezeichneten Zahlungsweisen entgegengetreten werden. Schließlich bittet hierzu auch die jeden Mittwoch Abend stattfindende gesellige Zusammenkunft der Mitglieder Gelegenheit, für welche ein geeignetes Local in der „Moba“ auf der Gräben Baumbrücke gewonnen worden ist. In diesen Versammlungen, bei welchen die hervorragendsten altkatholischen Zeitungen ausliegen, gelangen alle Angelegenheiten, welche zwar das religiöse Gebiet nicht unmittelbar betreffen, aber zu der ganzen kirchlichen Bewegung in enger Beziehung stehen, zu vertraulicher Besprechung und sind dieselben den Mitgliedern daher auch aus diesem Grunde zu fleißigem Besuche dringen zu empfehlen. Nach einer kurzen Discussion über diese Vorschläge stimmt die Versammlung den von Herrn Dr. Weber bezüglich der Einziehung der Beiträge gemachten Propositionen mit der Maßgabe bei, daß es denjenigen Mitgliedern, welche dies wünschen und dem Kassirer resp. habs-jährlich zu zahlen. Herr Dr. Weber gedenkt nochmals der wiederholten Einzeichnung der Gemeindeglieder und weist darauf hin, daß der Vorstand bereits in der Lage gewesen sei und wohl auch noch fernerhin in die Lage kommen werde, der Staatsregierung die Seelenzahl der Gemeindeglieder angeben zu müssen. Gewissen Anzeichen nach dürfe man sich der Hoffnung hingeben, daß der Altkatholicismus in nicht allzuferner Zeit staatsrechtliche Anerkennung finden werde. Dann aber werde eine genaue Zählung unumgänglich nothwendig.

Demnach kommt Hr. Dr. Weber auf den demnach zu eröffnenden altkatholischen Religionsunterricht zu sprechen und glaubt, daß derselbe ein wesentliches Moment für die Kräftigung der altkatholischen Bewegung sein werde. Wenn derselbe in vernünftiger Weise erteilt werde und die jungen Seelen zu wahrer christlicher Gottesfurcht erziehe, so müsse er ein Mittel werden, um in stiller Wirksamkeit der altkatholischen Gemeinde immer neue Sympathien zu erwerben. Zunächst werde es notwendig sein, diejenigen Kinder, welche das vorchristliche Alter erreicht haben, für die erste Communion vorzubereiten, später werde sich daran der Religionsunterricht für die gesamte Schulpflichtigen anschließen. Mancherlei Schwierigkeiten würde allerdings, wie ein weiterer Redner hervorhob, noch zu überwinden sein; man dürfe aber vor denselben nicht zurückweichen. Zunächst sei ein Local zu gewinnen und von der Liberalität der städtischen Behörden lasse sich erwarten, daß sie gern der Gemeinde ein Schullocal zur Ertheilung des Religionsunterrichtes gewähren werden. Die Versammlung ermächtigt den Vorstand, bei dem Magistrat die Ueberlassung eines geeigneten Locals im Magdalenen-Gymnasium zu erbitten. Um jedoch möglichst bald mit dem Confirmations-Unterricht beginnen zu können, soll derselbe vorerst in der Sakristei der Bernhardskirche, wozu die Erlaubnis an zuständiger Stelle erbeten werden wird, erteilt werden. Die Eltern sind daher ersucht, ihre Kinder am nächsten Mittwoch d. 1. d. M. zwischen 3 u. 4 Uhr entweder persönlich dem Hrn. Pfarrer Strudberg zuzuführen oder sie mit einem kurzen Schreiben demselben zuzuführen. Schließlich theilt Herr Dr. Weber noch mit, daß der Vorstand an die kgl. Regierung das Gesuch gerichtet habe, die kath. Pfarrer der Stadt zu veranlassen, die vom Pfarrer Strudberg vollzogenen altkatholischen Taufen in die Kirchenbücher einzutragen und den Altkatholiken vorkommenden Falles die Mitbenutzung der kathol. Kirchhöfe der Stadt zu gestatten. Eine Antwort ist noch nicht eingegangen, doch hofft der Vorstand auf baldigen und günstigen Erfolg.

Angenommen: Sr. Durchl. Fürst v. Habsfeld-Schönstein, freier Standesherr auf Waldenburg-Schönstein und Stuhlferr zu Döbingen aus Trachenberg.

1. Gölitz, 7. Aug. [Abiturientenexamen. — Personalien.] Gestern fand unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Regierungsrathes Jacobi aus Riegnitz die letzte Entlassungsprüfung an der hiesigen Provinzial-Gewerbeschule statt. Nachdem einer der Abiturienten auf Anrufen der Lehrer vor dem mündlichen Examen zurückgetreten war, ist den übrigen 7 Prüfungscandidaten das Zeugnis der Reife erteilt worden. Von denselben konnten 4 mit dem Prädikat gut, die übrigen mit dem Prädikat „hinreichend“ entlassen werden. Nach dem Plane, auf Grund dessen die Umwandlung der Schule erfolgt, wird nun im nächsten Jahre ein Entlassungszeugnis nicht stattfinden, da erst mit dem 1. October 1873 die Gründung der oberen Schulklasse, und am 1. October 1874 die der Fachklassen der reorganisirten Gewerbeschule erfolgen wird. — Die durch das Ausscheiden des Herrn Syndikus Breslau erledigte Stelle eines beabsichtigten Magistratsmitgliedes wird abwechselnd von dem zuletzt bei der Wahl des Herrn Breslau beabsichtigten Verfahren öffentlich ausgeschrieben werden. Herr Breslau hat es übrigens verstanden, durch sein anpruchloses und gewinnendes Auftreten sich hier allseitige Achtung zu erwerben, so daß seine Wahl, nach noch nicht 3monatlicher Thätigkeit unsere Stadt wieder zu verlassen, ungetheiltes Bedauern hervorgerufen hat. Ebenso allgemein wird auch der Abgang des Herrn Dr. phil. Subatsch aus seiner Stellung als Lehrer am hiesigen städtischen Gymnasium beklagt. Herr Dr. Subatsch ist als Lehrer an die Realschule II. Ordnung in Posen berufen worden. Am hiesigen Gymnasium stehen leider, nachdem kaum erst das Directorat und Conrectorat nach langer Vacanz besetzt worden, dem Vernehmen nach, noch mehrere Veränderungen bevor, so daß die immerwährende Vertretungen, an welchen unsere alte bewährte Schule nun schon so lange krankt, wohl noch auf eine lange Zeit hinaus in Aussicht genommen werden müssen.

Stirchberg, 8. August. [Berichterstatterung des Reichstages Abgeordneten Dr. Zellkamp.] Gestern erstattete in einer vom Vorstande des hiesigen liberalen Wahlvereins veranstalteten öffentlichen Versammlung, welche im Saale des Gasthofes „zum Rönitz“ hier selbst stattfand und von ca. 90 Personen besucht war, der Reichstagsabgeordnete des Hirschberg-Schönauer Wahlkreises, Geh. Regierungsrath Prof. Dr. Zellkamp, seinen Wählern Bericht über die Thätigkeit des Reichstages während der beabsichtigten Jahre, indem er, nachdem der Vorsitzende des liberalen Wahlvereins, Herr Apollon Großmann, Nachmittag um 1 Uhr die Versammlung mit Hinweisung auf den Zweck derselben eröffnet und in allgemeinen Umrissen ein Bild von der Thätigkeit des Herrn Abgeordneten entworfen hatte, mit der Bitte, die Ermahnung seiner persönlichen Theilnahme ihm nicht als Unbescheidenheit anzulegen, im Wesentlichen Folgendes vortrug:

„Der Reichstag hat bekanntlich während dieser langen Periode eine so große Zahl von Gegenständen behandelt, daß es unmöglich ist, sie alle hier zu besprechen. Der durch die glänzenden Siege unseres Heeres erlangte Friede ward bald nach dem Beginn der Reichstags-Sitzungen durch die Feinde des Reiches gestört, und es galt seitdem die Frage zu entscheiden, ob es gelingen werde, im deutsch-nationalen Sinne die gewonnene Einheit Deutschlands durch günstige innere Entwicklung des Reiches dauernd zu befestigen und bei diesem Streben die Reichsregierung zu unterstützen, oder ob es den Feinden der Einheit gelingen solle, im vaterlandlosen und kleinstaatlichen Sinne die Einheit zu stören, ja zu zerstören, und die frühere Kleinstaaterei, Zerstückelung und Schwäche Deutschlands wieder herzustellen. Diese mit einander streitenden Bestrebungen, bei welchen nur die liberalen Parteien für die deutsche Einheit und die Reichsregierung stimmten, kamen nicht nur im Reichstage, sondern auch im Landtage zum Ausdruck. Das Streben ging von Seiten der deutsch-patriotisch gesinnten Partei zunächst dahin, den Grundgedanken zu verwirklichen, daß in Deutschland nur das Recht und nicht die Willkür gelten solle und daher der deutsche Einheitsstaat als Rechtsstaat anzubauen sei. Demnach hat der Reichstag mit großer Majorität den von Kaiser und Genossen gestellten Antrag angenommen, daß „die Gesetzgebung über das gesammte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren dem Reiche zu überlassen solle.“ Die Tendenz dieses Antrages ging dahin, die Einheit des Reiches für das einzige Deutschland zu befestigen und dadurch die Uebereinstimmung im Rechte empfinden des ganzen Volkes zu fördern. Mit besonderer Freude habe ich diesem Antrage zugestimmt, zumal ich dieselben Ziele schon als junger Mann in einer Schrift erstrebte, die ich unter dem Titel: „Ueber Verbesserung des Rechtszustandes in den deutschen Staaten“ herausgegeben habe. Es ist erfreulich, wenigstens in späteren Jahren das ausgeführt zu sehen, was man in der Jugend erstrebt hat. Die Rechtschaffenheit Deutschlands wird ein festes Fundament der Einheit und Freiheit sein; denn die wahre Freiheit kann ja in der That nur auf dem Boden des Rechtes verwirklicht werden.

Die nächste Verbindung hiermit stand die Kreisordnung, welche auf dem Landtage behandelt wurde; dieselbe war, wenn es gelang, sie als eine wirkliche Selbstverwaltung zu gestalten, für die inner: Einigung Deutschlands von großer Bedeutung. Hiernach strebten die nationalgesinnten Parteien. Liberale Reformen auf dem Gebiete der Selbstverwaltung sind nicht nur für unser inneres Staatsleben wichtig, sondern sie befördern auch eine freiwillige dauernde Verbindung der süd- und norddeutschen Staaten; denn die Freiheit ist eine große anziehende Kraft. Daher sind im Süden nur die liberalen Parteien die warmen Freunde der deutschen Einheit.

Es war schon deshalb notwendig, daß an die Stelle der bisherigen bürocratischen Verwaltung eine wahre Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen trete und daß diese die sichere Grundlage der Verfassung in unserm Staate und wo möglich in ganz Deutschland bilde. In dieser Ueberzeugung habe ich in der officiellen und in der freien Commission zu wirken gesucht und danach gestrebt, daß die Selbstverwaltung bei der Gemeinde anfangs und eine vollständige und möglichst billige werde, wie ich dies in meiner Schrift über die „Selbstverwaltung“ ausgeführt habe. In der Selbstverwaltung der Gemeinden wohnt die Kraft der civilisirten Völker; dieselbe bringt die Theilnahme an den gemeinsamen öffentlichen Angelegenheiten in den Bereich des Volkes und gewöhnt es an die Uebung seiner Rechte und Pflichten, an den friedlichen und vernünftigen Gebrauch der Freiheit. Sie veranlaßt ein patriotisches Zusammenwirken der besten Kräfte, befähigt einen lobenswerthen Ehrgeiz vieler strebsamen Männer auf einem für Alle nützlichen Felde und hebt und bereichert dadurch den Volkscharakter. Das schwierige Problem, Freiheit und Ordnung im Staatsleben zu verbinden, ist daher nur durch Selbstverwaltung zu lösen. In diesem Geiste möge die künftige Gemeindeordnung entworfen und beschlossen werden, damit ein gesundes Gemeinleben gefördert werde; denn die allgemeine Bildung des pflichttreuen deutschen Volkes begründet in der That die Hoffnung auf eine erfolgreiche Selbstverwaltung.

Wenn man, statt mit der Gemeindeordnung, mit der Kreisordnung ansetzen wollte, so war es wenigstens günstig, daß man überhaupt mit der Reform der innern Verwaltung begonnen hat, und wenn auch die Kreisordnung manchen Wunsch nicht befriedigt, so hat sie doch die Wirksamkeit belebt und gewährt den Bewohnern der Kreise einen freieren Spielraum für nützliche Thätigkeit. Es ist daher rathsam, daß man sich bei der Ausführung derselben kräftig betheilige; denn die Selbstverwaltung kann einen günstigen Erfolg überhaupt nur haben, wenn in derselben die besten Männer

freudig und patriotisch zusammenwirken. Der Lohn dafür bleibt nicht aus; denn in der innern Verwaltung fühlt man vorzugsweise, ob man selbstständig oder bedormundet ist. Will man selbstständig sein, so muß man die Verwaltung selbst auf vernünftige Weise ausüben; scheut man dagegen die Mühen der Selbstverwaltung, so wird man bedormundet werden.

Von den übrigen Gegenständen, welche auf dem Reichstage behandelt wurden, war von hervorragender Wichtigkeit der Gesetzentwurf, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invaliden-Fonds, wonach für die Pensionierung und Versorgung der Militärpersonen des Reichsheeres und der Hinterbliebenen derselben eine Summe von 187 Millionen Thaler aus der von Frankreich zu zahlenden Kriegsschuldung bestimmt ist. Es waren hierbei die Bestimmungen zu treffen, welche eine sichere Verzinsung, Aufbewahrung und Verwaltung bewerkstelligen sollten. Alle Reichstagsmitglieder nahmen an der sorgfältigen Prüfung der Regierungsvorläge und an den Beratungen und Abstimmungen mit großem Interesse und Ernst Theil.

Ein anderer wichtiger Gegenstand ist das Gesetz über das Münzwesen. Die Einheit des Geldsystems und dessen Substituten, der Banknoten, ist endlich für das deutsche Reich erreichbar geworden und hinsichtlich des Münzwesens bereits verwirklicht, in Betreff des Bankwesens aber noch zu erstreben. Die Bestimmungen des neuen deutschen Münzgesetzes entsprechen im Wesentlichen den Vorschlägen, die ich bereits im J. 1867 in einer Schrift über „die Principien des Geld- und Bankwesens“ gemacht habe.

Da sich das Münzsystem ohne Berücksichtigung des Bankwesens nicht vollständig ordnen läßt, so erschien es wünschenswert, daß dem Münzgesetz auch baldigst ein Bankgesetz folge. Die Anfrage ist freilich anscheinend ein trockener Gegenstand; da aber die Banknoten Stellvertreter des baren Geldes und, wie dieselben, Kaufsmittel und Werthmesser sind, so berührt die Bankfrage nicht minder wie das Münzgesetz alle öffentlichen Angelegenheiten und häuslichen Geschäfte, bei denen das Geld eine Rolle spielt. Der Reichstag hat daher in der Sitzung am 18. November 1871 auf meinen Antrag beschloffen, „den Herrn Reichskanzler aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß dem Reichstage baldmöglichst der Entwurf eines Gesetzes über das Bankwesen zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werde“, und hat in der Sitzung am 20. Mai 1873 fast einstimmig folgenden Antrag angenommen, welchen ich im Verein mit den Herren v. Münch, Dr. Braun, Auerbach und Dr. Rapp und Genossen gestellt habe: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler aufzufordern, in Gemäßheit der Artikel 4 Nr. 3 und 4 der Reichsverfassung und in Verfolg des Gesetzes vom 27. März 1870, betreffend die fernere Ausgabe von Banknoten, baldmöglichst ein Gesetz über das Bankwesen vorzulegen, durch welches die Circulation nicht mit Metall gedeckter Noten regulirt und begrenzt, über die Befugnis zur Ausgabe vollgedeckter Noten Bestimmung getroffen und die Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Reichsbank errichtet werden soll, entschieden wird.“ (Hier folgte die nähere Begründung der Anträge, wie solche der Herr Abgeordnete in den Sitzungen am 18. November 1871 und am 20. Mai 1873 gegeben, sowie die Mittheilung der vom Bundescommissar Geh. Ober-Regierungsrath Herrn Dr. Michaelis in der letzten Sitzung abgegebenen Erklärung, „das Reichskanzleramt beabsichtige, einen Entwurf über die Regelung des Bankwesens für die nächste Session des Bundesrathes und des Reichstages vorzubereiten.“)

Aus der großen Zahl von Gegenständen, die meine politischen Freunde beantragt und denen ich zugestimmt habe, habe ich besonders hervor einen Antrag des Abgeordneten Kasper über das Actiengesetz, welcher die Verbesserung einiger Mängel dieses Gesetzes bezweckt, ferner den Antrag des Abgeordneten Elben, betreffend die Errichtung eines Reichs-Eisenbahnamtes, welcher zum Gesetz geworden ist und hoffentlich die Wirkung haben wird, daß das Concessionswesen der Reichsgeleise übertragen und für die Sicherheit des Publikums besser, als bisher, gesorgt werden wird. Ferner nenne ich den Antrag von Schulze-Delitzsch auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, welcher die rechtliche Stellung der auf Gegenständigkeit beruhenden sogenannten freien Hilfs- und Unterstufungsstellen der Gewerbegehilfen und Lehrlinge, sowie der Fabrikarbeiter für Krankheits- und Invaliditätsfälle regelt. Ebenso nenne ich den Antrag, welchen ich mit vielen Abgeordneten unterstützt habe, betreffend den Erlaß eines Reichs-Pressgesetzes, dessen Entwurf von Mitgliedern des Reichstages vorgelegt war. Dieser Entwurf entsprach den Anforderungen der Pressefreiheit. Dem gegenüber wurde der bekannte Pressgesetz-Entwurf eingebracht, dem der Reichstag fast einstimmig entgegentrat. Es war später recht komisch, zu beobachten, mit welchem Eifer die Vaterstadt dieses verlassenen Wesens von jedem der Urheberschaft Angeklagten abgelehnt wurde, bis man es zuletzt still in den Acten begrub.

Nun noch die Diätenfrage. Dieselbe ist im Reichstage zur Verhandlung und Abstimmung gekommen und ich habe im Verein mit einer großen Majorität für die Bewilligung der Diäten gestimmt, weil wir glauben, daß nur, wenn Diäten bewilligt werden, eine Garantie dafür vorhanden ist, daß aus dem wenig begüterten Mittelstande eine hinreichende Zahl liberaler Männer gewählt werden könne, welche im Stande sind, eine Wahl anzunehmen. Diese Ansicht erscheint um so begründeter, als das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht die Wirkung hat, die Mittelparteien zu erschaffen und zu vernichten und nur die Extreme zur Geltung zu bringen. Der Bundesrath hat aber die Bewilligung der Diäten abgelehnt. Die künftigen Wahlen werden nun zeigen, ob es gelingen wird, eine Majorität von deutsch-national-gesinnten Abgeordneten in den deutschen Reichstag zu senden. Hierfür werden große Anstrengungen zu machen sein; denn der Wahlkampf wird ernst und der Sieg nicht leicht sein.

Schließlich benutze ich diese Gelegenheit, um Ihnen, m. h. S., nochmals meinen aufrichtigen Dank auszusprechen für Ihr mir erwiesenes Wohlwollen. Ich habe dies als ein großes Glück zu betrachten; denn das Vertrauen der Ehrenmänner ist für jeden Mann die höchste Ehre; es hat mir die Möglichkeit gewährt, im Interesse der Einheit und günstigen inneren Entwicklung des Vaterlandes auf dem Reichstage mitwirken zu können. Absichtlich betone ich die Einheit des Vaterlandes; denn „Einheit giebt Kraft“. Auf dieser beruht die glückliche Zukunft Deutschlands und Preußens an dessen Spitze und in dessen inniger treuer Vereinigung. Ich schließe mit dem Wunsch, den Sie, m. h., mit mir theilen werden: Dem unter dem edelsten Herrscherhause einigen Vaterlande Glück und seinem Glücke die längste Dauer! (Lebhaftes Bravo.)

Dem Vortrage folgte ein kräftiges Hoch auf Se. Majestät, unsern Kaiser und König, ausgebracht vom Vorsitzenden, Herrn Großmann, worauf nach dem Ausdrucke wärmsten Dankes ein zweites Hoch dem Herrn Abgeordneten ausgebracht wurde.

s. Waldenburg, 7. August. [Gastwirths-Versammlung.] Der hiesige Zweigverein schlesischer Gastwirths hielt am 5. d. M. bei dem Gastwirth Bethge in Wälgersdorf seine 4. ordentliche Versammlung ab. Nach erfolgter Aufnahme von acht neuen Mitgliedern wurde den Anwesenden ein Artikel der „Gastwirths-Zeitung“ mitgetheilt, welcher den § 33 der Gewerbeordnung und die Stellung des Berliner Polizei-Präsidiums zu einem besonderen in Charlottenburg vorgekommenen Falle betraf und die Versammlung in das größte Erstaunen versetzte. Ein von einem Vereinsmitgliede gestellter Antrag, den Vorstand zu ersuchen, derselbe möge durch geeignete Mittel darauf hinwirken, daß nur rechtschaffene und wahrheitsliebende weibliche Personen bei den Mitgliedern des Vereins in Dienst treten, erhielt die Genehmigung der Versammlung; ebenso soll der Vorstand die erforderlichen besonderen Entlassungsformulare von dem Hauptverein in Breslau sich erbitten. Der Zweigverein hat wiederum ein in hiesiger Gegend viel getrunkenes Bier chemisch untersuchen lassen und zwar das des Brauereibesizers Mendte zu Salzbrunn. Die Analyse hat ergeben, daß dasselbe ein von allen der Gesundheit schädlichen Stoffen freies, nur aus reinem Malz und Hopfen bestehendes Bier ist und unter den bis jetzt hier untersuchten Bieren bezüglich des Malzgehaltes nächst dem Biere des Brauereibesizers Rappeler in Ober-Waldenburg das beste ist. Infolge Aufforderung sprach sich Herr Lichauer aus Breslau nur in dem Falle für die Zweckmäßigkeit eines Bier-Luftdruck-Apparates aus, wenn ein größerer und ununterbrochener Bierausfluß stattfinde. Schließlich wurde der Vorstand ermächtigt, bei den Central-Vorstände Schritte zu thun, damit derselbe die Initiative zur Bildung von Gastwirthsvereinen in ganz Deutschland ergreife, um hierdurch der im künftigen Jahre zu Leipzig allgemeinen deutschen Gastwirthsversammlung eine möglichst zahlreiche Vertretung zu sichern.

D. Frankenstein, 8. August. [Zur Tageschronik.] Der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, v. Jagow und der General v. Pöbbecke trafen heute Mittag 12 Uhr mittels Extrapost von Bad Sauer ein und setzten ihre Reise über Riegnitz nach Berlin fort. — Der General-Inspector des Ingenieur-Corps und der Festungen, General v. Biehler, traf mit dem heutigen 11. Personenge aus Riegnitz ein und reiste mit Extrapost nach Magdeburg weiter, um die dortigen Festungswerke u. z. zu besichtigen. — Der hiesige Kaufmann und Möbel-Magazin-Besitzer J. W. Kaiser ist zum Hoflieferanten des Prinzen Albrecht ernannt worden. — Die Trockenheit und große Hitze dauert fort, und mit ihnen steigert sich der Wassermangel.

[Notizen aus der Provinz.] * Sagan. Das hiesige „Wochenblatt“ meldet: Ein beklagenswerther Unglücksfall hat sich am Dienstag Nachmittag in Ober-Waldenburg, Kreis Sorau, zugefallen. Der dortige Ritterguts-Besitzer, Herzogliche Amtsrath Herr Moritz Hebe, unternahm an diesem Tage in Begleitung seines Sohnes und einiger Officiere der hiesigen Garation eine Spaziersahrt, wobei ein an den Wagen des Herrn Hebe geknüpft unruhiges junges Pferd die Deichsel zerbrach und dadurch schon gemacht, durchging. Der Begleiter des Herrn Hebe sprang sofort vom Wagen und griff den Pferd in die Zügel, wurde aber dabei niedergeworfen und der Wagen ging ihm über die Beine, ohne daß er jedoch erheblich beschädigt wurde. Nun sprang auch Herr Hebe vom Wagen, fiel aber so unglücklich, daß ihm sofort das Blut aus Mund und Nase hervorbrach und er in Kurzem in den Armen seines herbeigeeilten Sohnes und seiner Begleiter in Folge der erlittenen schweren Verletzungen verschied. — Wie mir nachträglich erfahren, beträgt die Zahl der durch das Hagelwetter am 1. d. Mts. in hiesiger Stadt zerstörten Fensterscheiben 11,932, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben.

+ Riegnitz. Der Anz. meldet: Bei der Post-Omnibus-Beförderung zwischen Riegnitz und Barthow ereignete sich am 2. d. Mts. in der Nähe von Kunis ein höchst bedauerlicher Unfall: der Wagen verlor ein Rad und konnte der Kutscher die Pferde nicht gleich zum Stehen bringen, der Wagen überstieß sich und wurde ein Stück fortgeschleift. Von den 9 Passagieren wurden mehrere, theils schwer, theils leicht und ihre Effecten beschädigt, darunter eine Dame aus Riegnitz.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

August 8. 9.	Nachm. 2 U.	Morg. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	333 ^{mm} 87	332 ^{mm} 82	331 ^{mm} 55
Luftwärme	+ 20° 9	+ 18° 2	+ 15° 1
Dunstdruck	5 ^{mm} 10	5 ^{mm} 65	5 ^{mm} 81
Dunstfähigkeit	46 pCt.	62 pCt.	74 pCt.
Wind	NW. 1	SD. 2	S. 1
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.
Wärme der Ober	7 Uhr Morgens	+ 18° 7.	

Breslau, 9. Aug. [Wasserstand.] D. R. 4 M. 26 Cm. U. R. — M. — Cm.

Berlin, 8. August. Im schroffsten Gegensatz zu der Haltung der gestrigen Börse eröffnete das heutige Geschäft sehr fest und zum großen Theil auch animirt. Die auswärtigen Coursmeldungen signalisirten zwar gestiegene Course, dieselben rechtfertigten aber nicht die bedeutende Coursesteigerung, welche hier Platz griff. Nicht nur wurden die gestrigen Rückgänge schnell ausgeglichen, sondern es wurden auch Avancen erzielt, die weit darüber hinaus gingen; auf den meisten Gebieten entfaltete sich eine rege Kauflust, der gegenüber die Abgeber zurückhaltender wurden. In der abermaligen Herabsetzung des Bankdiscontos erblickte die Börse einen Beweis, daß auch in den Kreisen der Bankleitung die augenblickliche Lage der Börsenverhältnisse günstig beurtheilt wird, und daß die weitere Entwicklung des Verkehrs nunmehr Fortschritte machen dürfte. Unzweifelhaft ist die Maßregel der Disconto-Ermäßigung auch in den weitesten Kreisen Vertrauen erweckend, der Börse ist also gerade dort geholfen, wo sie bisher am meisten trankte. Diese zureichendere Stimmung fand denn heute lebendigen Ausdruck, nichtdeftiger wurde die lebhafteste Bewegung vorübergehend etwas erschüttert, doch erwies sich die Contremine der großen Festigkeit gegenüber, die die Börse beherrschte, als machtlos. Am bevorzugtesten waren Oester. Credit-Actien, die sehr lebhaft zu steigenden Coursen umgingen; sie setzten schon zu Beginn des Geschäftes mit einer erheblichen Avance gegen ihre gestrige Notiz und über den Wiener Cours ein und vergrößerte die Steigerung auch im ferneren Geschäftsverkehre, als spätere Depeschen aus Wien ein bereitwilliges Eingehen der dortigen Börse auf die Erhöhung meldeten. Auch Franzosen zogen im Course etwas an, erlitten jedoch nur geringere Umsätze und Lombarden blieben ganz still. Oesterreichische Neben-Baynen still und eher matt, dagegen zeigte das Geschäft in auswärtigen Fonds wiederum ein regeres Leben, vielfach erhöhten sich die Notierungen. Oesterreichische Renten beliebt und höher. Italiener unbedeutend ruhiger. Italienische Tabactien besser, französische Meute sehr still. Türken belebter und anziehender. Amerikaner sehr fest, obgleich zu höheren Coursen gefragt ohne Abgeber. Auch Russische Werthe sehr fest. Rtr.-Anleihen beliebt, aber nur wenig zu haben. Von Preussischen und Deutschen Fonds sind nur geringfügige Veränderungen zu melden. Prioritäten zwar fest, aber nur mäßig im Verkehr. Von Preussischen 4½ und 5½ etwas besser und theilweise höher. Auf dem Eisenbahnactienmarkt stagnirte auch heute der Verkehr fast gänzlich, Rheinische, Köln-Mindener und Bergische etwas gestiegen, Potsdamer und Stettiner nachgebend. Von leichten Actien zeichneten sich Nahebahn, West-Grajewo und Ostpreussische Südbahn durch belebtere Umsätze aus. Pommerische Central-Stamm-Prioritäten wieder höher. Bantactien meist sehr fest und rege. Die schweren Bantactien, wie Disconto-Commandit, Darmstädter, Preuss. Credit, Jachmann, Bankverein, Gewerbebank belebt und steigend, Centralbank für Bauten beliebt. Wechselbanken gingen in Posen um, Deutsche Bank fest, desgl. Rhein. Effecten, auch Breslauer Bankactien anziehend. Industriepapiere sehr fest, Neptun, Königsberger Vulcan, Oberschles. Eisenbahnactien, Ostfälische Eisenbahnactien, Freund, Mannich rege und meist höher. Große Pferdebahn nachgebend, Südbad, Nordend besser, Thiergartenbau sehr beliebt, Ostend fest. Montanwerthe steigend, Laura und Dortmund sehr lebhaft, Neue Berliner Messingwerke 135 bez. u. Gd.

(Bank- u. S.-Z.)

Berlin, 8. Aug. Weizen: Termine neuerdings höher bezahlt. Gerändigt 39,000 Ctr. — Rindungspreis 85½ Zhr. loco 76—78 Zhr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro August 85½—86 Zhr. bez., August-September — Zhr. bez., September-October 83½—84—83½ Zhr. bez., October-November 83½—84½ Zhr. bez., November-December 83½—84 Zhr. bez., pro April-Mai 1874 — Zhr. bez., gelber — Zhr. ab Bahn bez., abgeladene Annahmen 84½ Zhr. bez. Roggen loco fand besonders in neuer Waare gute Beachtung. Im Terminverkehr hielt die gestrige steigende Tendenz an und nur zu neuerdings erhobene Forderung waren Abgeber im Markt vertreten. Nach einer Steigerung von circa ¼ Zhr. pro 1000 Kilogramm schloß der Markt wieder matter. Gerändigt 17,000 Ctr. Rindungspreis 56½ Zhr. loco 56—64 Zhr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 55½—56½ Zhr. frei Mühle bez., neuer — inländischer — Zhr. ab Bahn und Kogn bez., pro August 56½—56½—½ Zhr. bez., August-September — Zhr. bez., September-October 57—56½—57½ Zhr. bez., October-November 57½—58½ Zhr. bez., November-December 57½—58½ Zhr. bez., pro April-Mai 1874 57½—58½—57½ Zhr. bez. — Rühöl behauptete seinen gestrigen Werthstand. Gerändigt — Ctr. Rindungspreis — Zhr. loco 20½ Zhr. bez. — Spiritus anfangs animirt und höher, schloß ruhiger, loco ohne Faß 23 Zhr. 12—8 Sgr. bez., pro August 22 Zhr. 28 Sgr. bis 23 Zhr. bez., August-September 22 Zhr. 28 Sgr. bis 23 Zhr. bez., September-October 22 Zhr. 18—22—19 Sgr. bez., October-November 21 Zhr. bis 21 Zhr. 6—5 Sgr. bez., November-December 20 Zhr. bis 20 Zhr. 10 Sgr. bez., April-Mai 1874 19 Zhr. 20—25 Sgr. bez. — Wetter: Heiß.

Posen, 8. August. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Sohn.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) fest. Rindungspreis 58½ Zhr. loco 58—59 Zhr. nach Qualität bez., u. G., August-September 56½—57 bez. u. Br., Herbst 55½—½ bez. u. G., October-November 55½—½ bez. u. G., November-December 55½ bez. u. Br., Frühjahr 55½ Zhr. — Spiritus (pro 10,000 Liter ¼) animirt. Rindungspreis 23½ Zhr. loco 23½ Zhr. bez., u. G., August 23½—½ bez. u. G., September 22½—½ bez. u. G., October 20½—½ bez. u. G., November 19½—½ bez. u. G., December 19½ bez. u. Br., Januar 19½ bez. u. G., April-Mai 19½ bez. u. G. — Potener Markt-Bericht. Weizen: schwer veräußert, pro 1000 Kilogr. feiner 100—103 Zhr. mittel 90—94 Zhr. ordinär 84—86 Zhr. 90 Zhr. — Roggen: neue Waare begehrt, pro 1000 Kilogr. feiner 59—65 Zhr. mittel 57—59 Zhr. alter 56—60 Zhr. — Gerste: höher bezahlt, pro 925 Kilogr. feine 51—54 Zhr. mittel u. ordinär 46—49 Zhr. — Hafer: ruhiger, pro 625 Kilogr. feiner 33—37½ Zhr., mittel und defect 30—33 Zhr. — Erbsen: unverändert, pro 1125 Kilogr. Roth-Erbsen 54—56 Zhr., Zuck-Erbsen 50—54 Zhr. — Lupinen: preisbaltend, pro 1125 Kilogr. gelbe 37½—40 Zhr. blaue 31—36 Zhr. — Wicken: matt, pro 1125 Kilogr. 38—40 Zhr. — Weizen: fester, pro 1000 Kilogr. Raps u. Rüben 80—85 Zhr. — Reinsamen: ohne Umfah, pro 50 Kilogr. 75—85 Zhr. — Buchweizen: geschäftlos, pro 75 Kilogramm 46—50 Zhr. — Feinste Waaren über Noth. — Wetter: Schön.

Prag, 5. August. [Hopfen-Bericht.] Seit unserem letzten Berichte hat sich die Hopfenernte in den meisten Plantagen durch die mit dem Beginn der Woche gefallenen heftigen Niederschläge etwas gebessert; nachdem jedoch hierauf wieder heisse Witterung folgte, so boten diese Regen der

